

2.1.4. Aktualisierung der Auskünfte des Bundesbeauftragten

Die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes sind trotz fortschreitender Erschließung immer noch nicht vollständig zugriffsfähig. Das bedeutet: Die Auskünfte des Bundesbeauftragten werden auf Grund des erschlossenen Materials gegeben und sind nicht endgültig. Aus diesem Grund wird seitens der Landesbeauftragten in Abständen von einigen Jahren oder auch vor Beförderungen oder Ehrungen ausdrücklich die Beantragung einer aktualisierten Auskunft durch den Arbeitgeber oder die für die Überprüfung zuständige Stelle empfohlen. Im Bereich der Spionageabteilung HVA und deren Folgeeinrichtungen auf Bezirksebene (Abt. XV) könnten sich neue Hinweise in den von den USA übergebenen Unterlagen finden. Der Übergabeprozess ist noch nicht abgeschlossen.

2.2. Die Zusammenarbeit mit den Verbänden politisch Verfolgter und Aufarbeitungsinitiativen

In Sachsen-Anhalt sind folgende Vereine politisch Verfolgter und Aufarbeitungsinitiativen tätig:

- die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (VOS)
- der Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV)
- die Gemeinschaft politisch Verfolgter der SBZ/DDR e.V.
- die Vereinigung der Verfolgten des Kommunismus e.V.
- der Verband der Opfer des Stalinismus e.V. in Anhalt-Köthen
- die Förderative Vereinigung Zwangsausgesiedelter e.V.
- das Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e.V.
- der Verein Zeitgeschichte(n) e.V.
- der Grenzdenkmalverein Hötensleben e.V.

Mit den Vertretern dieser Vereine fanden wie auch in den vergangenen Jahren regelmäßige Treffen (5-mal) in den Räumen der Landesbeauftragten statt. Diese Treffen dienen dem Erfahrungsaustausch, der Koordinierung gemeinsamer Veranstaltungen und der Diskussion über die gesetzlichen Grenzen und Möglichkeiten der Wiedergutmachung geschehenen politischen Unrechts.

Zu bestimmten Themen werden Referenten eingeladen (z. B. eine Fachmoderatorin für Geschichtslehrer und ein Psychologe). Ständig nehmen außerdem Mitarbeiter des Ministerium des Innern und der Regierungspräsidien teil, wel-

che dort für die finanzielle Förderung von Projekten der Vereine zuständig sind. Diese Foren haben die Zusammenarbeit der Verbände und die Kontakte zu den verschiedenen Behörden sehr stabilisiert. Trotz dieser guten Kontakte bleibt es jedoch meist den Verbänden überlassen, für eine Verbesserung ihrer Situation und eine Anerkennung im gesellschaftlichen Leben zu kämpfen. Auf Einladung des Grenzdenkmalvereins Hötensleben wurde am 13. August 2001 gemeinsam vom Bund der Stalinistisch Verfolgten, der Vereinigung der Opfer des Stalinismus und dem Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt auf dem ehemaligen Todesstreifen eine Eiche gepflanzt.

Gedenkwort von Elisabeth Graul:

Wir pflanzen heute einen Baum, nicht irgendwo, sondern auf dem ehemaligen Todesstreifen der DDR-Grenzsicherungsanlagen.

Diese symbolkräftige Handlung ist ein Bekenntnis zum Leben, zur Zukunft, in die unser Baum hinein wachsen wird; groß und stark soll er werden und unsere Nachkommen von uns grüßen. Er setzt ein Zeichen gegen das Vergessen, was hier Schreckliches geschah.

Gestatten Sie mir ein paar ganz persönliche Worte über mein Verhältnis zu Bäumen und meine Erfahrungen mit ihnen. Mein tief verehrter Großvater machte eine Gesellenwanderschaft durch Deutschland und angrenzende Gebiete, wie das früher so üblich und Voraussetzung dafür war, Meister zu werden. Als er in Erfurt ankam, faszinierte ihn die Pappelreihe am Fischersand. Er blieb und gründete dort seine Familie. Der Pappel gehörte immer um ihrer Geradheit willen seine Liebe; er nannte sie „Zeigefinger Gottes“.

Als ich im Keller von Berlin-Hohenschönhausen als U-Häftling einsaß und manchmal für wenige Minuten im Freihof herumkreisen durfte, sah ich zwei Pappelspitzen über der Mauer, an denen sich meine Augen fest sogen ...

Im Innenhof des Frauenzuchthauses Hoheneck gab es in den fünfziger Jahren eine mächtige Linde, die im Frühsommer ihren betörenden Duft in unsere Zellen schickte, in der die Vögel sangen bis, ja, bis unsere Bewacher beschlossen, sie zu fällen, weil der Hof einem Exerzierplatz gleich hergerichtet und mit schwarzem Schotter beschichtet werden sollte. Die Aktion fand statt, als der Baum voll im Saft stand. Wir schrieen unseren vergeblichen Protest aus den Fenstern. Ein Traktor brach schließlich mit einem Seil den Widerstand der Linde und riss sie heraus.

Nach meiner Entlassung kam ich in die mir fremde Stadt Magdeburg. Es war das viele Grün, es waren die Bäume, die mir, die ich in Waldnachbarschaft aufgewachsen war, neben den Menschen beim Einleben halfen. Mitten in der



Elisabeth Graul, Dr. Carl-Gerhard Winter und Achim Walther am 13.8.2001 in Hötensleben



Baumpflanzung

Stadt beherbergte das Gebüsch Nachtigallen, und Kuckucke riefen. Ich war auf der Suche nach lebendigen Hoffnungszeichen. Der Genesungsprozess dauerte lange, war ein weiter Weg, an dessen Rand nicht nur Menschen standen, die mir die Hände reichten, sondern auch Bäume mit winkenden Zweigen.

Als ich zum ersten Mal wieder in meine Heimatstadt Erfurt fuhr und mich zu dem Haus begab, dass einmal mein Erbe gewesen, mir aber durch Gerichtsbeschluss genommen worden war, wollte ich meinen Augen nicht trauen. Einst hatte ich als Schulmädchen zusammen mit meiner Freundin im Steigerwald eine winzige Birke ausgegraben und sie in unseren Vorgarten gepflanzt. Trotz liebevoller Pflege kümmerte sie vor sich hin und schien bis zu meiner Verhaftung 1951 nicht die Absicht zu haben, ein Baum zu werden. Inzwischen waren mehr als 11 Jahre vergangen, und ich sah vor mir einen weit verzweigten, üppig beblätterten Baum, dessen Krone die Höhe der Dachrinne erreicht hatte. Die Birke hatte sich entschlossen, zu wachsen, zu leben, zu überleben wie ich.

Als ich später das mir zurückgegebene Haus verkaufen musste, geschah es unter der Bedingung, dass der Birke, diesem Symbol des Überdauerns, des Sieges, nie etwas geschehen dürfte. Der Käufer akzeptierte.

Bäume sind besondere Geschöpfe. Ihre Wurzeln sind in der Erde fest verankert, sie holen sich ihre Ernährung aus der Tiefe, wo es die unsichtbaren Quellen gibt. Sie verlieren im Herbst ihr Blattwerk und überdauern den Frost des Winters, während sie bereits neue Triebe gebildet haben, die dann wie ein Wunder im Frühjahr hervorbrechen. Sie wachsen in die Höhe und in die Breite, und es muss schon ganz schlimm kommen, wenn sie bei einem Sturm den Halt verlieren.

Unserer Eiche wünsche ich einen festen Stand, gute Wachstumsbedingungen in dieser lange nicht für lebendiges genutzten Erde.

Voraussetzung dafür ist allerdings, dass dieses Grenzdenkmal, diese ganz besondere Aufbewahrungsleistung einer Gemeinde und eines kleinen Fördervereins, erhalten bleibt und von Bund und Land mehr gestützt wird. Politiker mögen ihre Verantwortung erkennen und wahrnehmen.

Und uns wünsche ich eine baumähnliche Standhaftigkeit, wenn es darum geht, uns gegen das Unrecht einzubringen und dem Recht zur Wirksamkeit zu verhelfen.

Die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Verbänden ist sehr eng. So arbeiten z. B. der BSV und die VOS in Magdeburg gut zusammen. In Halle führt der BSV in Zusammenarbeit mit dem Verein Zeit-Geschichte(n) in dessen

Räumen Beratung von Opfern kommunistischer Gewaltherrschaft durch. Beide verantworten gemeinsam eine Selbsthilfegruppe.

Auf die schwierige finanzielle Situation der Verbände wurde in den letzten Berichten immer wieder hingewiesen. Ihre Arbeit ist im Bereich der Betreuung von Opfern des SED-Regimes und im Bereich der politischen Bildung unverzichtbar. Sie kann bei weitem nicht von den vorhandenen staatlichen Stellen übernommen werden. So sind zum Beispiel die alljährlichen Gedenkveranstaltungen nicht nur mit Kranzniederlegungen, sondern auch mit einem Gedankenaustausch und dem Gefühl gegenseitiger Stärkung verbunden. In der Bildungsarbeit ist besonders der regionale Aspekt nicht zu unterschätzen.

Das Land Sachsen-Anhalt muss die Unterstützung der Verbände zukünftig verstärken (siehe Punkt 5). Im Vorfeld der Landtags- und Bundestagswahlen haben die Verbände den politischen Parteien in Sachsen-Anhalt ihre Forderungen in Form von Wahlprüfsteinen übergeben. Diese wurden in der öffentlichen Veranstaltung am 5.2.2002 (s. o.) vorgestellt.

Allen Mitarbeitern der Verbände sei an dieser Stelle für ihre wichtige Arbeit gedankt!

2.3. Die Zusammenarbeit mit den Gedenkstätten des Landes Sachsen-Anhalt

Folgende Gedenkstätten erinnern in Sachsen-Anhalt an die Folgen kommunistischer Gewaltherrschaft von 1945 bis 1989:

1. Gedenkstätte „Roter Ochse“ in Halle (für die Zeit von 1933 bis 1989)
2. Gedenkstätte Magdeburg Moritzplatz für die Opfer kommunistischer Gewalt von 1945 bis 1989
3. Gedenkstätte „Deutsche Teilung“ Marienborn

Das Regierungspräsidium Magdeburg teilte auf Befragen zur Gedenkstättenarbeit in Sachsen-Anhalt zu der Zeit ab 1945 folgendes mit:

Höhepunkt der Gedenkstättenarbeit im vergangenen Jahr war die Einrichtung der neuen Dauerausstellung in der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge. Dort hatten die Nationalsozialisten im April 1944 ein Konzentrationslager eingerichtet, um mit Hilfe von Häftlingen ein Untertage-Projekt zur Verlagerung von Rüstungsproduktion zu verwirklichen. Aufgrund der unmenschlichen Bedingungen sind während der wenigen Monate bis zum Kriegsende mehrere tausend Menschen im Lager bzw. auf dem Todesmarsch verstorben. Nach Einrichtung der neuen Dauerausstellung unterrichtet erstmals eine auf wissenschaftlicher Grundlage errichtete Dokumentation über das furchtbare Schicksal der Häftlinge.

Thematischer Schwerpunkt der Gedenkstättenarbeit in der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg war neben der Beratung ehemaliger politischer Verfolgter die Durchführung von Führungen, Seminaren und Vorträgen zur Thematik der politischen Verfolgung in der SBZ/DDR. Die Gedenkstätte führte verschiedene Veranstaltungen durch, u. a. zur Thematik der gesundheitlichen Haftfolgeschäden nach politischer Haft bzw. zur Wiedergutmachung für ehemalige politische Verfolgte zur Bewältigung der politischen Haft. Verschiedene Veranstaltungen wurden mit Zeitzeugen durchgeführt. Im vergangenen Jahr besuchten ca. 7.200 Personen die Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg. Im letzten Jahr wurden in der Gedenkstätte umfangreiche bauliche Sanierungsmaßnahmen durchgeführt.

Die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn organisierte im Jahr 2001 verschiedene Gedenkveranstaltungen in Erinnerung an die Opfer des SED-Regimes. Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang Veranstaltungen anlässlich des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 und des 40. Jahrestages des Mauerbaus am 13. August 1961. Mit Unterstützung der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR wurden in der Einrichtung u. a. verschiedene Vorträge im Rahmen des Seminars „Umgang mit DDR-Repressierten“ durchgeführt. Im Sommer 2001 begannen die Arbeiten eines auf drei Jahre angelegten Projektes zur „wissenschaftlichen Objektinventarisierung und Erstellung eines internetfähigen Kataloges“ der Gedenkstätte, das durch Bundesmittel gefördert wird. In der Gedenkstätte sind 2001 verschiedene Sonderausstellungen mit großem Erfolg präsentiert worden. Im letzten Jahr erschien des weiteren eine 64 Seiten umfassende Broschüre zur Dauerausstellung sowie Faltblätter in verschiedenen Sprachen. Darüber hinaus begann die denkmalgerechte Sanierung des Außengeländes der ehemaligen Grenzübergangsstelle. Die vom Bund geförderten Maßnahmen werden in diesem Jahr abgeschlossen werden können. Im Jahr 2001 registrierte die Einrichtung ca. 140.000 Gäste.

Auch die Gedenkstätte „Roter Ochse“ Halle/Saale konnte im letzten Jahr ihre Öffentlichkeitsarbeit erfolgreich fortsetzen. So wurde im September 2001 eine in Zusammenarbeit mit der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR vorbereitete Sonderausstellung von „amnesty international“ erfolgreich präsentiert. Die Gedenkstätte führte im vergangenen Jahr verschiedene Tagungsreihen fort. Ein eintägiges Kolloquium widmete sich dem System von Recht und Rechtsprechung in der SBZ/DDR. Fortgesetzt wurde auch die Veranstaltungsreihe über das Reichskriegsgericht und seine Richtstätten Torgau und Halle. Eine sehr gut besuchte zweitägige Veranstaltung war den Menschenrechtsverletzungen in den JVA Wolfenbüttel und Halle gewidmet. Der Schwerpunkt der Gedenkstättenarbeit im „Roten

Ochsen“ lag im letzten Jahr auf der konzeptionellen Vorbereitung der geplanten neuen Dauerausstellung und der in diesem Zusammenhang notwendigen Sanierung des Gedenkstättengebäudes. In regelmäßig unter Leitung des Regierungspräsidenten durchgeführten Beratungen wurden Vertreter der Opferverbände in die Planung einbezogen und entsprechende Absprachen getroffen. Die baulichen Maßnahmen zur Sanierung des Gebäudes werden wesentlich kostenintensiver sein, als ursprünglich vorherzusehen war. Deshalb bemüht sich das Land zur Zeit um die Absicherung der notwendigen Finanzmittel.

Im vergangenen Jahr besuchten ca. 13.000 Gäste die Gedenkstätte.

Die von den Gedenkstätten Moritzplatz Magdeburg, „Roter Ochse“ Halle und Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn erstellte Wanderausstellung „Von Deutschland nach Deutschland – Flucht und Ausreise aus SBZ/DDR 1945–1989“ wurde im vergangenen Jahr sehr erfolgreich an verschiedenen Schulen innerhalb Sachsen-Anhalts und verschiedenen Einrichtungen auch außerhalb des Bundeslandes präsentiert.

2.4. Die Zusammenarbeit mit den Landesbeauftragten der anderen neuen Bundesländer

Die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt haben jeweils eine Behörde des/der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes eingerichtet und damit ihren Willen zur Aufarbeitung dieses speziellen Bereiches dokumentiert. Es zeigt sich immer wieder, dass die Arbeit bei weitem nicht abgeschlossen ist, sich im Gegenteil noch ausweitete. Die Gründe liegen in der Schwierigkeit der Thematik und lassen sich mit der Aufarbeitung der Folgen des Nationalsozialismus vergleichen, die bis heute fortwirken.

Die Ausweitung der Arbeit betrifft nicht nur den Bereich der alten Bundesländer, sondern auch Brandenburg. Da es dort keine eigene Behörde gibt, muss die Beratungstätigkeit von den anderen mit übernommen werden. Den Hauptanteil leistet der Berliner Landesbeauftragte. Die Berliner Behörde wurde durch einen Beschluss des Abgeordnetenhauses zunächst bis zum November 2007 verlängert. In die Koalitionsvereinbarung der Landesverbände Berlin der SPD und PDS für die Legislaturperiode 2001–2006 wurde aufgenommen:

Die Arbeit des Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik im Land Berlin wird vom Senat weiterhin unterstützt.

An dieser Stelle wird darauf hingewiesen, dass der Mitarbeiterbestand der Behörden zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf keinen Fall reduziert werden darf. Es sollte darüber hinaus überlegt werden, ob nicht auch Anlaufstellen im Wes-

ten Deutschlands geschaffen werden können. Besonders in der Diskussion um die Verlängerung der Rehabilitierungsgesetze zeigte es sich, dass dort der Informations- und Beratungsbedarf hoch ist.

Die vorhandenen fünf Behörden sind bundesweit zu Anlaufstellen für alle Probleme, die in Zusammenhang mit der Verwendung von Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes, der Rehabilitierung Betroffener, der Bewertung von IM-Tätigkeit und der Information der Öffentlichkeit stehen, geworden. Sie sind darüber hinaus wichtige Kooperationspartner der ehrenamtlichen Vereine, aber auch der mit dieser Thematik befassten Behörden des Bundes und der Länder sowie der Institutionen politischer Bildung.

Die Konferenz der Landesbeauftragten trifft sich in der Regel monatlich an wechselnden Orten. Diese Treffen dienen dem Erfahrungsaustausch, der Planung gemeinsamer Projekte (wie zum Beispiel die jährliche gemeinsame Veranstaltung mit Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen), der Verabschiedung von Presseerklärungen und der Diskussion im Zusammenhang mit der Verwendung von MfS-Unterlagen. Hinzu kommt das Kennenlernen von ehrenamtlichen Initiativen und der Arbeit von Gedenkstätten vor Ort durch deren Besichtigung und das Gespräch mit den Mitarbeitern. Die Kontakte zur Bundesbeauftragten für die Unterlagen des MfS und zur Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur werden gepflegt.

Im Berichtszeitraum stand die Diskussion über die Verwendung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes besonders bei Personen der Zeitgeschichte und Amtspersonen im Mittelpunkt.

Ein weiterer Schwerpunkt ist der regelmäßige Erfahrungsaustausch über psycho-soziale Beratung mit MfS-Bezug. Darüber hinaus beschäftigten sich die Landesbeauftragten, wie auch in den vergangenen Jahren, mit der Gedenkarbeit in ehemaligen Untersuchungshaftanstalten des MfS.

2.5. Die Zusammenarbeit mit dem Bundesbeauftragten und den Außenstellen seiner Behörde in Magdeburg und Halle

Die Konferenz der Landesbeauftragten ist mit der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes im Gespräch, um aktuelle Themen im Umgang mit den Unterlagen der Staatssicherheit zu beraten

Die Anzahl der Erstanträge auf Akteneinsicht pro Monat hat sich im Berichtszeitraum von 556 (2000) auf 595 (2001) erhöht. Das beweist einmal das ungebrochene Interesse an der Einsicht in Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit und zum anderen die Tatsache, dass sehr viele Menschen Zeit brauchen, diese Entscheidung für sich zu treffen. Die Mitarbeiter der Bundesbeauftragten, die die Unterlagen aufbewahren und den Menschen zur Einsicht zur Verfügung stellen, arbeiten in einem sehr sensiblen Bereich. Diese Arbeit

	Außenstelle Halle	Außenstelle Magdeburg
Umfang des Aktenbestandes:	8.173 lfm* (inklusive von 362 lfm vorvernicktetes Material)	9.726,5 lfm (inklusive von 2.000 lfm vorvernicktetes Material)
Davon vom MfS bereits archivierte Unterlagen:	2.700 lfm (100 % personenbezogen nutzbar)	2.307 lfm (100 % personenbezogen nutzbar)
Unterlagen der Dienstseinheiten:	5.111 lfm (zuzügl. 362 lfm vorvernicktet)	5.419,5 lfm (zuzügl. 2.000 lfm vorvernicktet)
Davon erschlossen:	3.270 lfm (64 %)	4.084,9 lfm (75,4 %)
Gesamterschließungsstand	73 %	66,6 %
Gesamtzahl der Bürgeranträge auf Akteneinsicht, Auskunft und Herausgabe seit 1992:	104.301	134.606
- Anzahl d. Anträge pro Jahr:		
1992	37.496	42.955
1993	4.981	5.262
1994	7.554	7.832
1995	10.807	12.489
1996	8.225	11.051
1997	7.853	13.755
1998	6.775	12.536
1999	8.341	11.282
2000	6.515	9.043
2001	5.858	8.401
- Anzahl d. Abarbeitungen:	96.636	116.076 (86,2 %)
- Abarbeitungsstand:	Anträge von 1998	Anträge von 1997
Erstanträge v. Bürgern auf Akteneinsicht 2001 pro Monat (durchschnittlich):	311	284
Besucher am Tag der offenen Tür 2001:	210	100
davon Erstanträge auf Akteneinsicht:	33	19
Forschungsanträge (ges.):	211	98
davon 2001:	21	25
Anträge öffentl. Stellen auf Rehabilitierung, Wiedergutmachung und Ermittlungsverfahren (ges.):	16.150	14.043
davon 2001:	468	744

* lfm = laufende Meter

erfordert Vertrauen und Einfühlungsvermögen. Den Mitarbeitern der Außenstellen Magdeburg und Halle sei an dieser Stelle gedankt.

Die Wartezeiten betragen jedoch bei Forschungsanträgen in der Regel zwei und bei Akteneinsichtsanträgen von Einzelpersonen vier bis fünf Jahre. Das ist zehn Jahre nach Inkrafttreten des StUG nicht mehr hinnehmbar. Hier muss dringend Abhilfe geschaffen werden. Das betrifft auch den Erschließungsstand der Unterlagen. Der BStU müssen die notwendigen Mittel für ihre Arbeit in diesem Bereich zur Verfügung gestellt werden.

Die Einrichtung von zwei Außenstellen mit den Archiven der ehemaligen Bezirke Halle und Magdeburg hat sich bewährt. Kurze Wege, ständige Erreichbarkeit und Sachkenntnis der Geschichte vor Ort sind besonders für die persönliche Akteneinsicht, aber auch für Schüler- und Studentenprojekte von großer Bedeutung. Die Auseinandersetzung mit der Geschichte des Machtmissbrauchs vor der eigenen Haustür fördert das Einüben demokratischen Handelns. Auf beiden Gebieten haben die Außenstellen eine besondere Servicepflicht, der auch im Stellenplan der Behörde Rechnung getragen werden muss.

Zum Stand der Aktenerschließung und der Antragsbearbeitung wurde wie aus nebenstehender Tabelle ersichtlich berichtet (Stand: 31.12.2001).

An den **Tagen der offenen Tür** der Außenstellen am 19.5.2001 in Magdeburg und in Halle beteiligte sich die Landesbeauftragte mit Informationsmaterial und einem Beratungsangebot. Sie fanden anlässlich des Tages der Archive statt.

2.6. Zur Arbeit des Beirates des Bundesbeauftragten

Der Beirat beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes berät dessen Behörde bei der Durchsetzung des Stasi-Unterlagengesetzes. Das Land Sachsen-Anhalt ist durch zwei Vertreter in diesem Beirat vertreten. Die Landesbeauftragte führt mit den Beiratsmitgliedern und den Leitern der Außenstellen des Bundesbeauftragten regelmäßige Besprechungen durch. Inhalt war u. a. die Diskussion über die Umsetzung des Stasi-Unterlagengesetzes.

2.7. Zusammenarbeit mit Einrichtungen der politischen Bildung in Sachsen-Anhalt

Der Arbeitskreis „Aufarbeitung“ besteht aus folgenden Einrichtungen:

- Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
- Landeszentrale für politische Bildung

Kultusministerium Sachsen-Anhalt

Regierungspräsidium Magdeburg mit den Gedenkstätten in Trägerschaft des Landes Sachsen-Anhalt:

Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg

Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge

Gedenkstätte „Roter Ochse“ Halle (Saale)

Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg für die Opfer politischer Gewalt-herrschaft 1945–1989

Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

Politische Stiftungen in Sachsen-Anhalt:

Friedrich-Ebert-Stiftung

Friedrich-Naumann-Stiftung

Konrad-Adenauer-Stiftung

Heinrich-Böll-Stiftung

Außenstellen der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes in Halle und Magdeburg

Dokumentationszentrum am Moritzplatz des Bürgerkomitees Sachsen-Anhalt e. V.

Er widmet sich der Beförderung der politischen Bildung im Bereich des Nationalsozialismus und der SBZ/DDR.

Die Geschäftsstelle war bis zum 31.12.2001 bei der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes in Sachsen-Anhalt eingerichtet. Mit Jahresbeginn 2002 wechselte sie zur Landeszentrale für politische Bildung.

Der Arbeitskreis traf sich 6 mal im Berichtszeitraum. Die Tagungen fanden wechselseitig in den verschiedenen Gedenkstätten, Dokumentationszentren und Einrichtungen der politischen Bildung statt: am 14.3.2001 im Dokumentationszentrum des Bürgerkomitees Magdeburg, am 30.5.2001 in der Gedenkstätte Bernburg, am 8.8.2001 in der Konrad-Adenauer-Stiftung (Wendgräben), am 17.9.2001 in der Gedenkstätte Lichtenburg, am 12.11.2001 in der Friedrich-Ebert-Stiftung Magdeburg und am 22.1.2002 im Kultusministerium Magdeburg.

Ein Ergebnis der Zusammenarbeit im Jahr 2000 war die Erstellung der Broschüre „**Gedenken, Nach-Denken, Voraus-Denken**“, welche vom Kultusministerium besonders für die Nutzung in den Schulen herausgegeben wurde. Diese Broschüre stellt Gedenkstätten, Dokumentationszentren und andere

Einrichtungen in Sachsen-Anhalt vor, welche als außerschulische Lernorte für die historisch-politische Bildung, als Stützpunkte einer demokratischen Erinnerungskultur und als Wegweiser zur Aufarbeitung der Geschichte von 1933 bis 1990 dienen können. Sie wurde an Sekundarschulen, Gymnasien, Fachgymnasien, Sonderschulen, Gesamtschulen und berufsbildende Schulen versandt und war sehr schnell vergriffen. Auf einem im Anschluss übermittelten Fragebogen hatten die Lehrer die Möglichkeit, sich zum Inhalt und den Verwendungsmöglichkeiten im Unterricht zu äußern. 75 Fragebögen wurden zurückgeschickt, vorwiegend von Geschichtslehrern aus dem Sekundarschulbereich. Die Broschüre wurde als eine gute Hilfe im Unterricht eingeschätzt. Darüber hinaus wurden mehr Informationsmaterialien für diesen Bereich gewünscht und eine finanzielle Unterstützung für Klassenfahrten zu Gedenkstätten. Die Auswertung der Fragebögen wurde dem Kultusministerium übergeben.

Der Arbeitskreis beschloss, 2002 eine überarbeitete Fassung der Broschüre zusammenzustellen. Zusätzlich wird in Zusammenarbeit mit den Universitäten in Halle und Magdeburg ein Internetangebot für Studenten erarbeitet, um diesem Personenkreis die Einrichtungen des Arbeitskreises „Aufarbeitung“ mit ihren vielfältigen Möglichkeiten nahe zu bringen.

3. Forschung

Wie im vergangenen Berichtszeitraum haben sich wieder besonders Schüler und Studenten, aber auch einzelne interessierte Personen und Vertreter der Presse mit der Bitte um Unterstützung bei der Bearbeitung von Forschungsanträgen an die Behörde gewandt. Sie kamen aus dem gesamten Bundesgebiet und wurden bei der Recherche zu ihren Vorhaben unterstützt. Die Bibliothek der Behörde kann von ihnen benutzt werden. Einige Themen bezogen sich auf die Bearbeitung von Jugendlichen durch das MfS.

Im Vollzug des Beschlusses der Landesregierung über die Neuorganisation der staatlichen Archivverwaltung Sachsen-Anhalt vom 13.3.2001 (MBI. LSA Nr. 15/2001, S. 191) wurden die bisherigen drei Landesarchive zu einem Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt (LHASA) zusammengelegt. Hier werden u. a. Unterlagen des Landes Sachsen-Anhalt bis 1952, der ehemaligen Räte der Bezirke Halle und Magdeburg, der Polizeibehörden sowie die SED-Unterlagen aufbewahrt. Sie geben ebenfalls Hinweise über politische Verfolgung in der SBZ/DDR und können in vielen Fällen die Unterlagen des MfS für die Betroffenen ergänzen.

Die folgende Übersicht zeigt die Antragszahlen, sowie den Stand der Abarbeitung:

Grund der Akteneinsicht	Anzahl der 2001 gestellten Anfragen	Anzahl der 2001 bearbeiteten Anfragen (einschl. der bearbeiteten Eingänge aus den Vorjahren)
Bürgeranfragen – Rehabilitation	292	271
Bürgeranfragen – Forschung	106	102
Anfragen öffentlicher Einrichtungen – Rehabilitation	793	759
Anfragen öffentlicher Einrichtungen – Forschung	127	141

Anm.: Unter dem Begriff „Rehabilitierung“ wurden Rehabilitierungs-, Beschäftigungs-, Eigentums- und Verwaltungsangelegenheiten sowie Ermittlungsverfahren zusammengefasst.

Die Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern zu Zwecken der Rehabilitation haben sich im Unterschied zum vergangenen Jahr im Berichtszeitraum fast verdoppelt (von 158 auf 292). Die Anfragen öffentlicher Einrichtungen zu Zwecken der Rehabilitation gingen in diesem Zeitraum um 38 % zurück (von 1.278 auf 793). Mit der Abarbeitung von 1.030 (2000: 969) Anfragen im Bereich der Rehabilitation leisteten die Mitarbeiter der Archive einen wichtigen Beitrag zur Entschädigung der Verfolgten des SED-Regimes. Hierfür und für die Bearbeitung der Forschungsanträge in diesem Bereich sei ihnen an dieser Stelle gedankt.

Die Aufbewahrung der Archivbestände im **Landeshauptarchiv** ist neben der Sicherung relevanter Bestände in den **kommunalen Archiven** unverzichtbar für eine persönliche und historische Aufarbeitung der SBZ/DDR-Geschichte. Gleiches gilt für die **Zentrale Auskunftsstelle der Justiz in Sachsen-Anhalt**, welche in der JVA Halle eingerichtet ist. Dort werden die Haftakten aus dem gesamten Land zusammengeführt. Diese Stelle steht auch für Fragen der Rehabilitation und Beschaffung schriftlicher Nachweise zur Verfügung und ist gleichfalls unverzichtbar. Sie bildet ebenfalls eine wichtige Voraussetzung für die persönliche Aufarbeitung. Den Mitarbeitern sei hierfür ebenso gedankt wie für die Unterstützung bei der Bearbeitung von Forschungsvorhaben in diesem Bereich.

Die Behörde der Landesbeauftragten bearbeitete im Rahmen ihrer Möglichkeiten 2001 folgendes Thema: Der Tod von Klaus Schröter, welcher am 4.11.1963 bei einem Fluchtversuch nach Westberlin erschossen wurde. Zu diesem Zweck

wurden von einem Mitarbeiter der Behörde die Unterlagen des MfS und die Urteile zu den Grenzsoldaten, die nach der Vereinigung ausgesprochen wurden, ausgewertet. Auf diese Weise wurde die Geschichte des Todes von Klaus Schröter rekonstruiert und in einem Bericht zusammengefasst. Dieser wurde ins Internet gestellt.

Unterstützt durch externe Mitarbeiter standen im vergangenen Berichtszeitraum Forschungsvorhaben zum Jugendstrafvollzug in der DDR (Speziell Dessau und Halle) im Mittelpunkt der Bearbeitung. Die Herausgabe der Ergebnisse ist für 2002/2003 geplant.

In Vorbereitung des 50. Jahrestages des 17. Juni 1953 wurden alle Verwaltungsgemeinschaften in Sachsen-Anhalt mit der Bitte angeschrieben, eine zusammenfassende Darstellung der Ereignisse zu unterstützen, indem sie über die damaligen Vorgänge und heutigen Erinnerungsmöglichkeiten in ihrem Bereich berichten.

4. Öffentlichkeitsarbeit

Die Landesbeauftragte ist gesetzlich verpflichtet, über die Arbeitsweise des Ministeriums für Staatssicherheit und besonders auch über deren Folgen zu informieren. Diese Pflicht zur Information schließt auch die „Partner des operativen Zusammenwirkens“ auf Bezirks- und Kreisebene (z. B. Rat des Bezirkes, BDVP, Wehrbezirkskommando, SED-Bezirksleitung, FDJ, FDGB etc.) ein.

Die Behörde der Landesbeauftragten kann sich im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrages in diesem Bereich allerdings nur ausgewählten Schwerpunkten widmen, in der Hoffnung, dass Universitäten und andere Bildungseinrichtungen an diesen Themen weiterarbeiten.

Die Öffentlichkeitsarbeit der Behörde besteht in der Herausgabe von Informationsmaterialien, der Durchführung von Veranstaltungen, der Bereitstellung einer Schwerpunktbibliothek und der Bekanntgabe von Veranstaltungsterminen.

4.1. Broschüren

Die Aufteilung der Informationsmaterialien in die Reihen „Betroffene erinnern sich“, „Sachbeiträge“ und „Informationen der Behörde“ hat sich bewährt und wurde aus diesem Grund beibehalten. Anlässlich des 40. Jahrestages des Mauerbaus wurden insgesamt 4 Broschüren herausgegeben: „Meine Flucht 1964 aus der DDR in den Westen“ schildert eine gelungene Flucht über Jugoslawien. Dagegen wird in „Rebellion gegen die Enge“ beschrieben, wie der Autor nach dem misslungenen Versuch, über Ungarn nach Österreich zu fliehen,

verhaftet und verurteilt wird. Der Friedersdorfer Klaus Schröter wurde 1963 bei einem Fluchtversuch in Berlin erschossen. Hierüber berichtet die Publikation „Tod in der Spree“. Insgesamt wird immer wieder deutlich, wie tief die innerdeutsche Grenze in das Leben der Menschen eingegriffen hat. Die Broschüre „Man lebt sich auseinander“ beschäftigte sich darüber hinaus mit den Reise-schwierigkeiten der Deutschen in die DDR und aus der DDR.

Bei der Erstellung der Broschüren ist die Behörde auf das sehr große Engagement der Autoren angewiesen. Ihnen sei an dieser Stelle ausdrücklich gedankt. Ohne ihre Mitarbeit könnte die Behörde ihrer Informationspflicht nur in geringem Maße nachkommen.

Zunächst werden die Broschüren dem Landtag, der Landesregierung, den Bundestagsabgeordneten in Sachsen-Anhalt und den mit der Thematik befassten Bereichen des Landes, wie z. B. Gedenkstätten, Aufarbeitungsinitiativen, Rehabilitierungsbehörden und Häftlingsverbänden zur Verfügung gestellt. Zusätzlich wurden zahlreiche interessierte Einzelpersonen, Multiplikatoren und Bibliotheken in den Verteiler für die Neuerscheinungen aufgenommen. Das betrifft insbesondere bundesweit Bibliotheken aus dem ministeriellen, wissenschaftlichen und kommunalen Bereich. Im Berichtszeitraum hatte sich der Kreis der regelmäßigen Bezieher auf 368 (zum Vergleich: 47 im März 1997) erhöht. Im Sommer 2001 erfolgte eine Umfrage bei allen Empfängern, ob weiterhin Interesse am Erhalt der Broschüren besteht. Im Ergebnis reduzierte sich die Anzahl auf 340, da einige Personen auf Bibliotheken zurückgreifen können oder bei Interesse an speziellen Themen ausgewählte Broschüren bestellen wollen. Groß ist das Interesse auch in den alten Bundesländern. Briefe, wie die folgenden, erreichen die Behörde häufiger:

Bitte senden Sie mir das Buch „Dokumentation über Paul Werner Wagner“ („Rebellion gegen die Enge“ – Anm. der Red.). Als „Westmensch“ bin ich an allem, was die DDR betrifft, interessiert – nicht im Sinne einer primitiven Aufrechnerei, sondern im Sinne eines Verstehens unseres Landes. Ich mag die Ostlande – so möchte ich auch die Ostsee verstehen in den vielen Facetten, die nun einmal existieren.

Oder:

Hiermit bitte ich um die beiden o. g. Hefte, die mich sehr interessieren, da ich bis vor zwei Jahren im Bitterfelder Raum wohnte. Meine Kinder zogen wegen Arbeit nach Hannover, so bin auch ich übergesiedelt. Mit den Büchern kann ich meine Enkel informieren, wie es einst in der Heimat ihrer Eltern zuing, denn die Geschichtsbücher in den Schulen tragen dazu nicht viel bei.

Die Broschüren der Behörde haben damit einen festen Platz in der politischen Bildung. Sie werden auch im Schulunterricht von einzelnen Lehrern verwendet.

So schrieb z. B. eine Sozialkundelehrerin des Herdergymnasiums Merseburg, dass sie Broschüre „Rebellion gegen die Enge“ gut im Unterricht einsetzen kann.

Vergriffene Broschüren werden nach wie vor in das Internet eingestellt oder sehr häufig auch kopiert, da nicht alle Interessenten über einen Internetzugang verfügen.

Die Auflagenhöhe bewegte sich jeweils zwischen 1.000 und 1.200 Exemplaren. Mit der Herausgabe dieser Informationsmaterialien leistet das Land Sachsen-Anhalt einen erheblichen Beitrag zur Aufarbeitung der Vergangenheit.

Im Berichtszeitraum erschienene Broschüren:

Reihe Betroffene erinnern sich

Der Titel dieser Reihe trägt dem Umstand Rechnung, dass hier Menschen ihre persönlichen Schicksale und vor allen Dingen ihre Sichtweise schildern. Diese Möglichkeit trägt zum Verständnis der Opfer des SED-Regimes durch die Öffentlichkeit bei. Den Verfassern helfen das Aufschreiben und vor allen Dingen auch die ausführlichen Gespräche bei der Zusammenstellung der Materialien häufig, mit dem Erlebten fertig zu werden.

- Nr. 13 30 Jahre Zielperson des MfS – Eine Fallstudie zu Aufklärung und Simulation der Stasi
(Autor: Dr. Theo Mechtenberg; Auflage: 1.200)

Die Partei- und Staatsführung der DDR versuchte, die Menschen in ihrem Bereich weitgehend von anderen, als den selbst für richtig gehaltenen, Einflüssen abzuschotten oder die Kontakte wenigstens zu kontrollieren und zu kanalisieren. Die Broschüre beschreibt, wie ein Katholik sein Leben über die verschiedensten Grenzen hinweg plante, organisierte und lebte. Dr. Mechtenberg kam 1955 nach seinem Theologiestudium aus der Bundesrepublik in die DDR um dort mit katholischen Christen zu arbeiten. Er arbeitete als Vikar in der Lutherstadt Wittenberg und als Studentenpfarrer in Magdeburg. 1971 schied er aus dem Priesteramt aus, verlegte 1972 seinen Wohnsitz nach Polen und kehrte 1979 von dort in die Bundesrepublik zurück. Besonders die endgültige Schließung der innerdeutschen Grenze am 13. August 1961 griff tief in sein Leben ein. Sie bedeutete für ihn, dass die Kontakte in die alte Heimat nur einseitig fortgesetzt werden konnten. Es wird jedoch deutlich, dass das MfS, trotz der umfangreichen Beobachtung, der Postkontrolle und der Berichterstattung durch inoffizielle Mitarbeiter, die grenzüberschreitenden Kontakte nicht verhindern konnte.